federführendes Amt:	Eigenbetrieb Kommunales Wirtschaftsunternehmen Entsorgung (KWU)
Antragssteller:	Dezernat II
Datum:	04.10.2023

Beratungsfolge**Termin****Bemerkungen**

Werksausschuss für den Eigenbetrieb KWU	17.10.2023	
Kreisausschuss	22.11.2023	
Kreistag	06.12.2023	

Betreff:**Änderung der Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von
Gebühren für die Abfallentsorgung - Abfallgebührensatzung -****Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree beschließt die Erste Änderungssatzung der Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung – Abfallgebührensatzung – vom 06.12.2023 (Anlage 1).

Sachdarstellung:

Mit dem vorliegenden Entwurf der Ersten Änderungssatzung soll die Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung – Abfallgebührensatzung – vom 30.11.2022 wie in der Anlage 1 dargestellt aktualisiert werden.

In der Gegenüberstellung der alten zur neuen Fassung der AGS (Anlage 2) sind die Änderungen gekennzeichnet.

Das KWU-Entsorgung erhält seit Juli 2023 zum Zwecke einer korrekten, gleichmäßigen und rechtssicheren Festsetzung der Gebühren monatlich Änderungsdaten aller Meldebehörden im Landkreis mittels automatisierter Datenübermittlung (§ 17 MeldDÜV). Im Interesse der Wahrung des Gleichheitsgrundsatzes wird angestrebt, zur Festsetzung der personenzahlabhängigen Festgebühr von den amtlichen Meldedaten abweichende Mitteilungen oder Nachweise nicht mehr zu akzeptieren. Dazu sind umfangreiche Änderungen des § 4 AGS erforderlich gewesen.

Im § 4 Abs. 3 AGS soll zudem die bei saisonal genutzten Erholungsgrundstücken aus technischen Gründen unumgängliche Festsetzung der Gebühren für das volle Kalenderjahr verankert werden. Festgesetzt wird jedoch ein entsprechend verringerter Gebührensatz.

Da im höherrangigen Recht grundsätzlich unabhängig von der jeweiligen Nutzungsart von einem Anschlusszwang für Grundstücke ausgegangen wird, auf denen Abfälle anfallen können, sollen auch hinsichtlich der Lenkungswirkung der Mindestleerungsgebühr Grundstücke nicht länger privilegiert werden, die keine Wohngrundstücke sind.

Deshalb wird im § 4 Abs. 6 AGS nun klargestellt, dass die Gebühr für Mindestleerungen auch für Erholungs- und Gewerbegrundstücke bei nicht erfolgter Inanspruchnahme festzusetzen ist.

Mit der Änderung des § 5 AGS haben die Gebührensätze ihre übliche jährliche Anpassung auf Grund der aktuellen Kalkulation erfahren. Zudem musste im § 5 Abs. 5 Nr. 2 AGS aus technischen Gründen die Gebührenreglung für PPK-Sonderleerungen angepasst werden.

.....
Landrat / Dezernent

Anlagen:

Anlage 1 im Entwurf – Erste Änderungssatzung

Anlage 2 im Entwurf – Gegenüberstellung (Synopsis) Alt-Neu